

**11**  
**82**

# Union in Deutschland

Bonn, den 1. April 1982

## Beschimpfung statt Politik

Wie immer — das war früher so bei dem Abgeordneten Helmut Schmidt, das ist heute so bei dem Bundeskanzler Helmut Schmidt —, wenn der Herr Bundeskanzler politisch nicht mehr weiter weiß, greift er zu einem altbewährten Rezept. Er greift alle und jeden an, er zitiert falsch, er diffamiert Andersdenkende, und er setzt andere Verfassungsorgane herab. Dies stellte Helmut Kohl in der Debatte über das sogenannte Beschäftigungsprogramm der Koalition am 25. März 1982 im Deutschen Bundestag fest.

Herr Bundeskanzler, Ihr Bild von der Geschichte steht längst fest. Ich will dem nichts hinzufügen. Ich will nur eines sagen, in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gab es bei allen Schwierigkeiten und Problemen, die aus natürlichen Spannungen zwischen Verfassungsorganen entstehen können, noch nie einen Regierungschef, der über ein anderes Verfassungsorgan in einer solchen herabsetzenden, diffamierenden Weise gesprochen hat, wie Sie das tun.

Das ganze Verfassungsverständnis, das ganze Republikverständnis des Helmut Schmidt wird deutlich, wenn er darüber spricht, daß die Herren im Bundsrat über Stimpfpakete verfügen und Stimpfpaketinhaber sind. Herr Bundeskanzler, uns trennen in diesem

*(Fortsetzung Seite 2)*

### ■ INFORMATION

 Walter Hallstein †  
 Ein großer Europäer

Seite 4

### ■ SICHERHEIT

 Atomwaffenfreie Zone in Europa  
 ist eine Scheinalternative

Seite 5

### ■ AGRARBERICHT

Verheerende Bilanz geht zu Lasten der Bundesregierung

Seite 7

### ■ KOALITION

Ehrenberg soll zurücktreten

Seite 9

### ■ FDP

 Politik der Freidemokraten  
 ist ohne klare Linie

Seite 11

### ■ TASCHENGELD

 Leistungsfeindliche  
 Gleichmacherei

Seite 12

### ■ TORNADO

 Apel hat die Bundeswehr in ihre  
 schwerste Krise geführt

Seite 13

### ■ DOKUMENTATION

 Die Dauerkrise der Staatsfinanzen  
 grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Zusammenhang Welten in unserem Verfassungsverständnis. Ein Mann wie Georg-August Zinn würde sich schämen, daß ein deutscher Sozialdemokrat solches hier sagt.

**Herr Bundeskanzler, Sie wissen so gut wie ich, daß es beispielsweise in Ihrer Regierungszeit seit 1974 zu keinem Zeitpunkt im Bundesrat eine Blockade gegeben hat. In der 8. Legislaturperiode von 1976 bis 1980 — die Zahlen für die letzten zwei Jahre sind in der Relation ähnlich — haben der Deutsche Bundestag und der Bundesrat 354 Gesetze verabschiedet. Von diesen 354 Gesetzen sind elf Gesetze am Einspruch des Bundesrats gescheitert. Bei wenigstens sieben dieser elf Gesetze ist der Herr Bundesfinanzminister Matthöfer heute froh, daß sie am Einspruch des Bundesrats gescheitert sind.**

Wer noch einmal zurückblickt in die Stunde der Verfassungswendung des Grundgesetzes, wer weiß, daß die Väter und Mütter dieses Grundgesetzes sehr wohl aus dem Ertrag deutscher Geschichte, auch aus der Erfahrung der Verfassungsgeschichte dieses Jahrhunderts dieses Verfassungsorgan so geschaffen haben, der weiß auch, Herr Bundeskanzler, wie wenig Sie in der Lage sind, den Geist der Geschichte und die Erfahrung unseres Verfassungslebens überhaupt zu erfassen.

Es entspricht Ihrem Stil und Ihrer Umgangsform, daß Sie sich hier hinstellen und die Kollegen aus den Ländern beschimpfen. Sie sind seit 1974 im Amt. In acht Jahren hat es der Bundeskanzler Helmut Schmidt für nötig befunden, sage und schreibe fünfmal vor dem deutschen Bundesrat zu erscheinen und zu sprechen. Auch diese Zahl macht deutlich, welche

Umgangsformen unter Verfassungsorgane Sie für selbstverständlich halten.

Ihre Regierung ist doch in Wahrheit längst entscheidungsunfähig. Am 5. Februar haben Sie mit dramatischem Theaterdonner im Bundestag eine Vertrauensabstimmung herbeigeführt, an die sich kaum noch jemand erinnert. Aber erst einen ganzen Monat später haben Sie im Bundestag die Vorlagen eingebracht, für die Sie eigentlich mit der Vertrauensabstimmung die Zustimmung der Bundestagsmehrheit dokumentieren wollten.

Wie es in Wahrheit mit der Unterstützung Ihrer Politik steht, das zeigt sich ja auch bei den vorgeschlagenen Änderungen im Mietrecht, die wir seit Jahren fordern und beantragt haben, für die Sie sich jetzt auch aussprechen und die dennoch von den Koalitionsfraktionen im federführenden Bundestagsausschuß wieder auf Eis gelegt wurden.

**Das ist doch das Elend mit Ihrer Politik, daß Sie sich gegen die Blockade in Ihren eigenen Reihen nicht durchsetzen können: Kaum daß die neuen Initiativen zum Mietrecht angekündigt waren, versuchte sie Ihr Wohnungsbauminister Haack als ein bloßes Experiment — begrenzt auf zwei Jahre — herunterzuspielen. Und eifertig übernahmen Sie dann auch noch selbst diese Vorstellung.**

Sie wissen seit langem, daß Sie für die Erhöhung der Mehrwertsteuer in Gesetzgebungsverfahren keine Mehrheit bekommen werden. Ihr Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff erklärt, daß dann eben das Programm durch zusätzliche Einsparungen finanziert werde. Die Union hat seit langem klargestellt, daß wir dafür unsere Unterstützung anbieten. Aber Herr Brandt erklärt, daß mit der SPD eine solche Politik nicht zu verwirklichen sei. Statt dessen will er dann sofort den Vorwahlkampf für 1984 eröffnen.

Noch nie in der Geschichte unserer Republik mußte soviel Geld für die Bezahlung der Arbeitslosigkeit ausgegeben werden wie derzeit. Von 1975 bis Jahresende 1982 werden es weit über 80 Milliarden Mark sein. Weshalb lehnen Sie dann in dieser Lage die Zusammenarbeit mit der Union ab und stimmen statt dessen den ideologischen Falschempfehlungen im Leitantrag für den bevorstehenden SPD-Parteitag zu.

Es ist die traurige Wahrheit: Das entscheidende Hemmnis für die Besserung der Lage in unserem Land

- ist die sozialistische Verfälschung der Sozialen Marktwirtschaft,
- ist die SPD, die zwar entscheidungsfähig ist, aber zäh an der Macht festhält,
- und das sind Sie, Herr Bundeskanzler, der Sie sich mit der Rolle des bloßen Platzhalters begnügen.

**Die Union hat ein Konzept vorgelegt, das in konsequenter Anwendung der Prinzipien Sozialer Marktwirtschaft langfristig wieder Arbeit für alle schafft. In seinen grundsätzlichen Aussagen stimmt sogar der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung mit dieser Sieben-Punkte-Offensive der Union überein.**

Vorrangig ist es, den Haushalt in Ordnung zu bringen. Da die Grenzen der Belastbarkeit durch Steuern und Sozialabgaben für Arbeitnehmer und Unternehmen erreicht sind, geht das nur über die Ausgabenseite. Kürzungen bei Leistungsgesetzen und Subventionen sind unabweisbar geworden. Wir haben dazu schon im September letzten Jahres Vorschläge gemacht.

**Anspruchsdenken und die Ideologie der Umverteilung haben den Sozialstaat nicht nur zu teuer gemacht, sondern sie haben inzwischen auch zu Ungerechtigkeiten, zu Widersprüchen und zur Verdrängung seiner Grundidee „Solidarität“ geführt.**

Nicht nur, weil wir sparen müssen, sondern ganz entscheidend auch im Interesse einer gerechten und solidarischen Sozialordnung müssen wir unser System der sozialen Sicherung neu überdenken.

Wir brauchen mehr Investitionen. Als Erbe Ihrer Politik — die von der Substanz lebt — haben wir eine Investitionslücke in der Größenordnung von Hunderten von Milliarden DM. Wir müssen jetzt endlich wieder mehr für unsere Zukunft investieren.

**Bei der Größenordnung, um die es geht, ist klar, daß der Staat dabei nur den geringsten Teil leisten kann; der Schwerpunkt liegt eindeutig bei den privaten Investitionen. Dazu muß die Finanzkraft und die Eigenkapitalbildung der Unternehmen gestärkt werden.**

Wir fordern private und öffentliche Arbeitgeber auf, mehr Teilzeitarbeitsplätze, auch durch Arbeitsplatzteilung (Job-Sharing) anzubieten, wo immer die betriebliche Organisation dies zuläßt. Die Ablehnung dieses Vorschlages im Leitantrag des SPD-Bundesvorstandes zeigt die sozialpolitische Unbeweglichkeit der SPD, in der sie einer qualitativen Arbeitsmarktpolitik gegenübersteht.

Wir wollen die Vermögensbildung der Arbeitnehmer verstärken. Diese Bundesregierung hat ein Jahrzehnt lang auf dem Feld der Vermögenspolitik nichts zuwege gebracht, und die Koalitionsfraktionen haben unsere Anträge immer wieder abgelehnt. Wir werden eine neue Initiative zur betrieblichen Gewinn- und Kapitalbeteiligung ergreifen.

**All dies ist überfällig. Seit Sommer wird geredet, gestritten, angekündigt, zerredet, laut nachgedacht und leise verworfen. Nur gehandelt wurde nicht. Die Folge ist noch mehr Stagnation, noch mehr Attentismus, noch weniger Investitionen und noch weniger Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft.**

## ■ INFORMATION

### Walter Hallstein: Ein großer Europäer ist gestorben

Mit Walter Hallstein haben das freie Deutschland und das freie Europa einen der großen Männer verloren, die nach dem Zweiten Weltkrieg die Fundamente für den Wiederaufbau unseres zerstörten Landes gelegt und die Voraussetzungen für eine freiheitliche Zukunft Deutschlands in einem geeinten Europa geschaffen haben, erklärte Helmut Kohl. Im Auftrag Konrad Adenauers führte Hallstein für die Bundesregierung die Verhandlungen über den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montan-Union). Nach der erfolgreichen Beendigung dieser Mission berief ihn Konrad Adenauer — der damals gleichzeitig noch Bundesaußenminister war — zum Staatssekretär im Auswärtigen Amt. Von den Regierungen der EWG-Staaten wurde er dann zum ersten Präsidenten der EWG-Kommission gewählt. Kein anderer Staatsmann — vielleicht mit Ausnahme Charles de Gaulles — hat die europäische Politik während dieser Dekade so stark geprägt wie er.

### Glückwunsch für Duarte

Heiner Geißler sandte dem Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Partei El Salvadors, José Napoleon Duarte, zu dessen Wahlerfolg ein Glückwunschtelegramm, in dem es u. a. heißt: Die Wahlen haben gezeigt, daß die überwältigende Mehrheit des Volkes einen Weg der gewaltlosen Reformen, der Verwirklichung einer gerechteren Ordnung gehen will. Wir hoffen, daß diese Wahl die Basis für eine Befriedung des Landes darstellt. Das ein-

deutige Votum der Bürger, das trotz des Wahlboykotts der linken Parteien und des Terrors zustande kam, sollte für diese Parteien Anlaß sein, den Weg der Gewalt zu verlassen und ihre Politik zu ändern.

El Salvador braucht auch nach dieser Wahl die Unterstützung aller Menschen auf der Welt, die es ernst meinen mit Demokratie, Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit. Die CDU wird Sie, sehr geehrter Herr Präsident, Ihre Partei und Ihre Politik auch in Zukunft unterstützen.

Die von der CDU/CSU als Wahlbeobachter nach El Salvador entsandten Bundestagsabgeordneten Walter Althammer, Carl Otto Lenz, Lorenz Niegel und Karl Franz Lamers haben „keine Anzeichen für einen Wahlbetrug“ festgestellt. Wie die Politiker in Bonn erklären ließen, haben Regierung und Armee ihr Wort gehalten und freie und geheime Wahlen garantiert. Stimmgabe und Auszählung hätten dem Wahlgesetz entsprochen.

### DDR-Todesgrenze — Barbarei in Europa

Die gesetzliche Formalisierung des bisher geheimen Schießbefehls für die DDR-Grenztruppen, die dieser Tage von der DDR-Volkskammer „beschlossen“ wurde, steht in klarem Widerspruch zum Grundlagenvvertrag, aber auch zur KSZE-Schlußakte und den UN-Menschenrechtspaketen. Dies erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Deutschlandpolitik und Berlinfragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Peter Lorenz. Wenn jetzt die grausame Praxis an den DDR-Sperranlagen gesetzlich überhöht und für rechtens erklärt wird, so dient das weder einer „Förderung friedlicher Beziehungen“, ebensowenig einer „Entwicklung normaler gütgnachbarlicher Beziehungen“ und schon gar nicht dem „Wohle der Menschen in den beiden deutschen Staaten“.

## ■ SICHERHEIT

# Atomwaffenfreie Zone in Europa ist eine Scheinalternative

**Die Übereinstimmung mit der Sicherheitspolitik der Bundesregierung nimmt nicht nur in der SPD rapide ab. Auch in der FDP weicht der Konsens über grundlegende sicherheitspolitische Ziele allmählich auf. Der Widerstand richtet sich vor allem gegen den NATO-Doppelbeschluß und die im atlantischen Bündnis abgesprochene Strategie für eine wirksame Rüstungskontrolle im Bereich der nuklearen Mittelstreckenwaffen.**

**U**m davon abzulenken, daß sie die westliche Position bei den Genfer Verhandlungen zunehmend unterlaufen, nehmen weite Teile der Koalitionsparteien neuerdings bei Utopien Zuflucht. Dazu gehört die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone in Europa, wie sie zuletzt von der FDP Baden-Württembergs erhoben worden ist, erklärt MdB Manfred Wörner, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Der schillernde und verführerische Begriff der atomwaffenfreien Zone geistert seit über 20 Jahren durch die sicherheitspolitische Landschaft auch bei uns. Es zeugt von einem bemerkenswerten Realitätsverlust, daß sie als Zukunftsvision wieder in der Diskussion auftaucht, obwohl die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland dadurch um keinen Deut verbessert, sondern im Gegenteil mit zusätzlichen Risiken und Gefahren belastet würde. Als Wunschvorstellung wird die atomwaffenfreie Zone auch dadurch nicht „real“ oder „positiv“, daß sie an bestimmte Vorausset-

zungen wie den erfolgreichen Abschluß der Genfer Verhandlungen oder die Verstärkung der konventionellen Streitkräfte geknüpft wird.

Um es auf einen einfachen Nenner zu bringen: Eine atomwaffenfreie Zone ist so lange mit den Sicherheitsinteressen Westeuropas nicht vereinbar, wie das erdrückende sowjetische Übergewicht bei strategischen Nuklearwaffen — die alle auch Europa treffen können — und die hohe konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes erhalten bleiben. Selbst wenn die atomwaffenfreie Zone in Europa sich bis zum Ural erstrecken würde, läge etwa die Bundesrepublik immer noch im Zielbereich sowjetischer Raketen, die von jenseits des Urals oder auch von Schiffen aus gegen Europa eingesetzt werden können. Man darf nicht einfach am grundlegenden Tatbestand vorbeisehen, daß die Herausnahme von Atomwaffen aus einer bestimmten Zone keineswegs mit der Aufhebung der nuklearen Bedrohung von außerhalb dieser Zone gleichzusetzen ist.

Die Gefahr einer nuklearen Erpressung Europas ist durch die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone nicht zu bannen. Im Gegenteil, sie würde dadurch noch erhöht:

Die Ablehnung der Stationierung von nuklearen Waffen in Europa sowie die Forderung, die amerikanischen Kernwaffen abzurufen und auf nukleare Einsatzaufgaben für die eigenen Streitkräfte zu verzichten, läuft auf eine Aufhebung des strategischen Verbundes zwischen den USA und ihren westeuropäischen Partnern hinaus.

Die westeuropäischen Staaten würden aber nicht nur militärisch, sondern vor allem politisch von den USA abgekoppelt. Sicherheit wäre für Europa nur noch in politischer Abhängigkeit von der Sowjetunion zu erhalten. Politisches Wohlergehen gegenüber der UdSSR würde zum obersten Gebot unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Dies um so mehr, als der Schutz des Atomschirmes aus amerikanischer Sicht Vorbedingung der Stationierung von US-Truppen in Europa ist. Die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone muß also jenen Kräften in den USA Auftrieb geben, die auf einen Abzug der amerikanischen Streitkräfte aus Europa, insbesondere aus der Bundesrepublik Deutschland hinarbeiten.

Bei einem Verzicht auf nukleare Waffen als dem wichtigsten politischen Instrument der Kriegsverhütung drängt sich die bange Frage auf, ob Kriege damit nicht wieder führbar würden. In den letzten 30 Jahren hat die nukleare Abschreckung Kriege in Europa verhindert. Wer jene Strategie ersetzen möchte, muß plausibel beantworten können, was an deren Stelle treten soll.

Hier wird vielfach auf die Verstärkung der konventionellen Streitkräfte verwiesen. Sie ist in der Tat dringend erforderlich, um die immer weiter absinkende Nuklearschwelle wiederanzuheben, die Flexibilität der Strategie der abgestuften Reaktion wiederherzustellen und damit die politisch kaum noch zu verantwortende Abhängigkeit von Atomwaffen zu verringern. Die Verstärkung der konventionellen Streitkräfte ist aber keine rationale Alternative zur atomwaffenfreien Zone: Das würde nämlich eine Verdoppelung unserer personellen und materiellen Anstrengungen sowie eine Verdreifachung unserer finanziellen Aufwendungen erfordern. Dahingehende Vorschläge halte ich für wirklichkeitsfremd und nicht mehrheitsfähig. Im Ergebnis

würde der Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone also weniger statt mehr Sicherheit bringen. Den Menschen wird vorgetauscht, hier gebe es einen Ausweg aus der nuklearen Grenzsituation und der damit verbundenen, durchaus verständlichen Angst. Damit wird eine verhängnisvolle Selbsttäuschung genährt.

Die CDU/CSU findet sich mit dem gegenwärtigen Zustand der Anhäufung nuklearer Waffen in Europa nicht ab. Statt unrealistische Erwartungen zu wecken und Scheinalternativen anzubieten, sollten wir uns aber auf realistische, politische Schritte konzentrieren. Hier sehe ich vor allem zwei Wege:

— Die unbeirrte Fortsetzung der Bemühungen um eine gegenseitige, kontrollierte Rüstungskontrolle und Abrüstung. Es gilt, alle erfolgversprechenden Möglichkeiten auszuschöpfen, sowohl auf dem nuklearen als auch auf dem konventionellen Sektor ein Gleichgewicht der Kräfte auf dem niedrigstmöglichen Niveau herzustellen. Dazu gehört nicht zuletzt, daß wir die Genfer Verhandlungen durch Geschlossenheit, Festigkeit und Geduld fördern, zugleich aber alle Schritte unterlassen, die die amerikanische Verhandlungsposition unterminieren. Die Forderungen nach einer atomwaffenfreien Zone ist insoweit aber bereits in sich äußerst fragwürdig. Dadurch, daß sie den Nachrüstungsteil des Doppelbeschlusses indirekt in Frage stellt, muß sie die sowjetische Konzessionsbereitschaft mindern.

— Auf längere Sicht ist das Problem der nuklearen Rüstung in Europa und in der Welt allerdings nicht aus dem militärischen, sondern nur aus dem politischen Bereich heraus zu lösen. Eine Lösung ist nur dann zu erwarten, wenn es gelingt, schrittweise eine internationale Ordnung zu verwirklichen, die auf Zurückhaltung, ideologischer Mäßigung sowie auf politischem Interessenausgleich aufbaut.

## ■ AGRARBERICHT '82

# Verheerende Bilanz geht zu Lasten der Bundesregierung

**Die Ergebnisse des Agrarberichts 1982 stellen der Bundesregierung und der Koalition von SPD und FDP die agrarpolitische Note „ungenügend“ aus. Die Bundesregierung und die Regierungsparteien haben wie auf anderen Feldern, so auch in der Agrarpolitik, versagt.**

In den Wirtschaftsjahren 1979/80 und 1980/81 sind die Einkommen der Bauern durchschnittlich nominal um insgesamt 14,5% gesunken. Rund 40% aller landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe haben für ihre Familien nur ein Einkommen erwirtschaften können, das bei oder unter dem Sozialhilfeniveau liegt. Die Arbeitszeit der Bauern beträgt nachweislich oft mehr als 60 Stunden in der Woche.

Trotz gegenteiliger Beteuerungen der Bundesregierung bleibt die negative Einkommensentwicklung im Trend bestehen. Bedauerlich ist, daß die Bundesregierung keine Silbe über die damit im Zusammenhang stehenden menschlichen Schicksale verliert, erklärte MdB Ignaz Kiechle in der Debatte im Deutschen Bundestag. Das wie immer auf Buchführungsergebnissen beruhende Zahlenmaterial des Agrarberichts 1982 und eine Auswertung früherer Berichte beweisen, daß die Einkommenslage der Bauern auch im Verhältnis zu vergleichbaren Berufsgruppen seit einigen Jahren immer schlechter wird. Die Einkommensparität beträgt 1980/81 durchschnittlich mehr als 30%. Bei der großen Zahl der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe liegt die Einkommensdisparität bei 50 bis 60%.

Die schlechte wirtschaftliche Lage der Bauern ist das Ergebnis einer miserablen Gesamtpolitik der Bundesregierung. Unter dem Vorzeichen von Massenarbeitslosigkeit, Inflation, geringem Wachstum und zerrütteten Staatsfinanzen kann auch keine vernünftige Agrarpolitik gedeihen. Die starken Einkommensrückgänge bei den Bauern üben eine außerordentlich negative Wirkung auf das Gewerbe im ländlichen Raum aus. Im vergangenen Jahr hat die deutsche Landwirtschaft praktisch keine Nettoinvestitionen mehr vornehmen können.

Die Bundesregierung und die SPD/FDP ist aber auch unmittelbar für die schlechte Ertragslage der Bauern verantwortlich. Die Bundesregierung hat bewußt die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise in den vergangenen Jahren sehr niedrig gehalten. Seit Jahren klappt die Preis-/Kostenschere zuungunsten der Landwirtschaft weit auseinander. Die Landwirtschaft mußte den „Billigmacher“ im Warenkorb spielen. Darüber hinaus belastet die Bundesregierung die Bauern mit immer neuen Steuern und Abgaben. Dringend notwendige Bundesmittel für investive Aufgaben im Rahmen der Agrarstrukturverbesserung und des Küstenschutzes werden gekürzt. Soziale Leistungen werden zurückgenommen.

Kurzum: Die Bundesregierung hat das von Bundeslandwirtschaftsminister Ertl definierte Ziel der Agrarpolitik bei weitem nicht erreicht.

Der noch amtierende Landwirtschaftsminister Ertl sagte:

*„Der leistungsfähige bäuerliche Familienbetrieb, dessen betrieblicher Schwerpunkt in der flächenbezogenen Erzeugung liegt, soll nach dem Landwirtschaftsgesetz in die Lage versetzt werden, an der allgemeinen Einkommens- und Wohlstandsentwicklung teilzunehmen.“*

Aus agrarpolitischer Sicht wird es höchste Zeit, daß diese Bundesregierung baldmöglichst verschwindet, damit der Schaden nicht noch größer wird. Der beste Beweis dafür, wie Ertl selbst die Gesamtsituation einschätzt, ist seine eigene Rede vor dem Bundestag. Sie ist — wenn man genau hinhört — ein einziges Klage lied über die Agrarpolitik der Regierung, der er selbst angehört.

Eine von der CDU/CSU geführte Bundesregierung kann der Landwirtschaft auch keine Wunder, die in kürzester Zeit zu verwirklichen wären, versprechen. Sie kann aber zusagen, daß in unserem Land wieder geordnete Verhältnisse eintreten werden, die es auch den Bauern ermöglichen, ihre Wirtschaftsverhältnisse und damit ihr Leben wieder lebenswert zu gestalten. Voraussetzung dafür ist zunächst die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die Herbeiführung von Geldwertstabilität und geordnete Finanzen.

Im Rahmen dieses Konzepts müssen für die Agrarpolitik die bewährten Mittel der Preispolitik, der Agrarstrukturpolitik und der Agrarsozialpolitik wieder in einen harmonischen Dreiklang gebracht werden.

In derselben Debatte erklärt MdB Egon Susset:

Die Bundesregierung muß in den Agrarpreisverhandlungen sicherstellen, daß die deutsche Landwirtschaft nicht einseitig in der EG stark belastet wird, zumal die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Land- und Forstwirtschaft insgesamt außerordentlich schlecht sind. Eine weitere Möglichkeit, diese nachhaltig zu verbes-

sern, sieht die CDU/CSU-Fraktion in der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur“. Zur Zeit läuft da nichts, weder einzelbetriebliche Förderung noch Flurbereinigung. Damit könnten gleichzeitig die Arbeitsplatzsituation und die Infrastruktur des ländlichen Raumes verbessert werden. Sparmaßnahmen sind für die Betroffenen immer hart, zumal wenn sie den sozialen Bereich treffen. Sie werden unerträglich, wenn bei Gewinnen, die größtenteils unter den Sozialhilferichtsätzen liegen, 25 % für Sozialbeiträge aufgewendet werden müssen.

Hohn und Spott ist es, wenn der Parlamentarische Staatssekretär Gallus empfiehlt, wenn die Altersversorgung nicht ausreiche, solle Haus und Hof verkauft werden. Es ist bezeichnend, daß die Bundesregierung keine andere Lösung mehr hat. Das durch das 2. Haushaltsstrukturgesetz eingeführte Bescheinigungsverfahren als Voraussetzung für die Lohnsteuerepauschalierung bei Teilzeitarbeitskräften ist für viele land- und forstwirtschaftliche Betriebe, die auf Aushilfskräfte in der Saison angewiesen sind, eine unzumutbare Belastung, die rückgängig gemacht werden muß.

Die Bundesregierung muß schnellstens das Problem der Fangquote und des Zugangs zu den Fanggebieten lösen, wenn in der Fischerei und Fischwirtschaft nicht noch mehr Arbeitsplätze vernichtet werden sollen. Die Weinwirtschaft, die Einkommensrückgänge von 16 bis 51 % hatte, muß stärker geschützt werden durch das Schließen von Gesetzeslücken.

Die Landwirtschaft hat mit den größten Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts geleistet. Ihr Anteil an Subventionen ist von 37 % in 1966 auf 9,6 % in 1982 zurückgegangen, ihr Anteil am Gesamthaushalt von 6,7 % in 1968 auf 2,5 % in 1982. Auf der anderen Seite hängt aber jeder 6. Arbeitsplatz direkt oder indirekt von der Land- und Forstwirtschaft ab.

## ■ KOALITION

### Ehrenberg soll zurücktreten

Zu den Vorgängen im Zusammenhang mit der Meldepflicht für offene Stellen und der Zumutbarkeitsanordnung für Arbeitslose forderte der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Wolfgang Vogt Bundesarbeitsminister Ehrenberg auf, von seinem Amt zurückzutreten und erklärte u. a.:

Herr Ehrenberg besitzt weder das Vertrauen der Arbeitnehmer noch der Gewerkschaften. Die Kette der Mißerfolge Ehrenbergs reicht von den gescheiterten Sanierungsversuchen seit dem 20. Renten Anpassungsgesetz, seinen dumm-dreisten Auftritten vor Rentnern und Kriegsoffern, seiner Unfähigkeit, das Reformversprechen einer Anerkennung von Erziehungsjahren im Rahmen der Rentenreform '84 einzuhalten bis hin zu der jetzt vorgesehenen Sondersteuer für Rentner, genannt Krankenversicherungsbeitrag der Rentner, und der Finanzierung des sogenannten Beschäftigungsförderungsgesetzes der Bundesregierung.

Ein Sozialminister, der es dem Finanzminister erlaubt, sich an den Beiträgen der Versicherten zu vergreifen, ist eine unerträgliche Zumutung. Die neue Zumutbarkeitsanordnung war von Ehrenberg initiiert worden und unter seiner Federführung entstanden. Ehrenberg hatte die 150 Mill. DM, die sich die Bundesregierung an Einsparungen erhoffte, bereits in die „Operation '82“ eingebracht. Die Gewerkschaften kritisierten diese Zumutbarkeitsanordnung jedoch sofort als „Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosen“. Mit Recht kritisiert werden auch Ehrenbergs unausgeglichene Vorschläge einer Meldepflicht für offene Stellen, die zwar mehr

Bürokratie, aber keinen einzigen Arbeitsplatz zusätzlich bringen würde.

Kaum eine Woche später nahm das Bundeskabinett — nachdem sich ein Proteststurm in der Öffentlichkeit erhoben hatte — alles wieder zurück. Und wie geht es jetzt weiter?

### Was immer noch funktioniert: der Genossenfilz

Wo alles zerbrösel, funktioniert eins noch immer: der Genossenfilz. Jüngstes Beispiel für die reibungslose Versorgung der Genossen aus öffentlichen Kassen ist die Vergabe eines Halbmillionenauftrages durch das Bundespresseamt. Der Sprecher der CDU, Walter v. Tiesenhausen, teilt mit, daß das mit 3,7 Millionen Exemplaren aufgelegte Blättchen „Politik — Informationen aus Bonn“ nicht etwa im Bundespresseamt gefertigt wird, sondern außer Haus in Fremdarbeit erstellt wird. Offenbar sind die 712 BPA-Mitarbeiter überfordert.

Nutznießler dieser Regelung ist die „Petersberg Verlag GmbH“ in Bad Honnef bei Bonn. Gesellschafter dieser GmbH sind Wolfgang Rönnebeck und Ehefrau Isolde. Wolfgang Rönnebeck hat sich als ehemaliger Chefredakteur des SPD-amtlichen „Sozialdemokrat Magazin“ offenbar so große Verdienste erworben, daß man ihn jetzt verdienen läßt. Übrigens: das Layout der Presseamtsbroschüre besorgt Gerhard Keim, der — wen wundert es — auch die Gestaltung des „Sozialdemokrat Magazin“ verantwortet.

### Berlin: Die SPD steht nicht mehr zur Verfassung

Seit dem Bau der Mauer in Berlin gibt es eine interfraktionelle Vereinbarung des Abgeordnetenhauses von Berlin, daß zu Beginn jeder Sitzung des Berliner Parlaments der Präsident sagt: „Ich eröffne die

Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin und bekunde unseren unbeugsamen Willen, daß die Mauer fallen und daß Deutschland mit seiner Hauptstadt Berlin in Frieden und Freiheit wiedervereinigt werden muß.“

In der vorigen Woche nun sollte der Vizepräsident Alexander Longolius (SPD) in Vertretung des abwesenden Präsidenten Peter Rebsch (CDU) die Sitzung eröffnen. Doch Longolius ließ den weiteren Vizepräsidenten Klaus Franke (CDU) wissen, daß er die Sitzung nicht eröffnen wolle, weil er diese oben zitierte Bekundung nicht sprechen solle. Franke eröffnete die Sitzung. Hierzu erklärte der stellvertretende Sprecher der CDU Walter Brückmann:

Hier wird nicht nur von einem hohen parlamentarischen Repräsentanten ein Verfassungsgebot mißachtet, hier werden auch alle Bürger verhöhnt, für die der Wille zur Einheit mehr als eine papierne Floskel ist. Dies gilt insbesondere für die Menschen in der DDR, für die diese Willenserklärungen nach wie vor — auch mehr als 20 Jahre nach dem Bau der Mauer — Zeichen der Zugehörigkeit sind.

Wenn man berücksichtigt, daß Longolius beruflich Leiter des Referats Politische Bildung beim Bundesbevollmächtigten in Berlin, Abteilung Innerdeutsche Beziehungen, ist, wird einem klar, welch ein innerer Wandel der SPD hinter diesem Verhalten eines ihrer Repräsentanten steht.

## Aufklärung über Neutronenschutz für Sowjetpanzer verlangt

Die CDU/CSU verlangt von der Bundesregierung umgehend Aufklärung, ob Berichte zutreffen, denen zufolge der Chemiekonzern BASF der Sowjetunion Material für einen optimalen Neutronenschutz der sowjetischen Panzer geliefert haben soll. Die „Welt am Sonntag“ hatte unter Beru-

fung auf den Bundesnachrichtendienst (BND) berichtet, durch die auch mit den BASF-Lieferungen erfolgte Nachrüstung seien die sowjetischen Panzer vom Typ T-54 an zwei- bis dreimal besser gegen Neutronenwaffen gesichert als beispielsweise der deutsche Leopard-II-Panzer.

Der verteidigungspolitische Experte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter-Kurt Würzbach, meinte, sollte diese Meldung zutreffen, handele es sich um den „größten Skandal in der Rüstungsexportpolitik überhaupt“. Die Bundesregierung müsse klarstellen, ob dieser Export mit ihrer Genehmigung erfolgt und mit den Bündnispartnern im Westen abgestimmt worden sei.

## Jeder 15. Genosse trat aus

Allein im vergangenen Jahr gaben mehr als 650 Genossen des SPD-Unterbezirks Frankfurt ihr blaues Mitgliedsbuch zurück. Jeder 15. Sozialdemokrat der Main-Metropole kehrte der SPD den Rücken. In der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden schrumpfte die Partei um ebenfalls rund sechs Prozent.

## Textilaufträge des Bundes nicht ins Ausland vergeben

Die deutsche Textilindustrie ist seit etlichen Jahren dabei, sich „gesundzuschumpfen“. Lohnintensive Produktionen wandern mehr oder weniger automatisch in die Billiglohnländer. Der Unionsabgeordnete Walter Picard stellt in diesem Zusammenhang die kritische Frage, ob auch bei der Beschaffung von Bekleidung und Uniformen für Bundeswehr, Bundesgrenzschutz, Polizei, Bahn und Post dieser Entwicklung nachgegeben werden soll. Der relativ geringe Preisvorteil bei Auftragsvergabe ins Ausland dürfte mit Sicherheit durch die finanziellen Folgen von weiteren Betriebsschließungen und Arbeitslosigkeit aufgehoben werden.

## ■ FDP

# Politik der Freidemokraten ist ohne klare Linie

**Die FDP manövriert sich immer mehr ins politische Abseits, schreibt Generalsekretär Heiner Geißler in der neuesten Ausgabe des „Rheinischen Merkur“. Ihre enge Bindung an die von Flügelkämpfen erschütterte SPD auf Bundesebene bringt ihr zunehmend deren Probleme.**

**A**uch die FDP zerfällt inzwischen in zwei Blöcke, die sich unvereinbar gegenüberstehen. Sie wird so politisch handlungsunfähig und gerät in den Abwärtssog der SPD. Nur — wo diese Stück für Stück ihre Regierungsunfähigkeit und ihren Charakter als Volkspartei einbüßt, geht es für die FDP ums Überleben. Die Wähler in Niedersachsen haben der FDP bereits die Rolle der vierten Partei, nach den Grünen, zugewiesen.

Die FDP-Politik hat keine klare Linie mehr:

- In der Außen- und Sicherheitspolitik unterstreicht der FDP-Vorsitzende die Freundschaft mit den freiheitlichen Staaten des Westens, die enge Bindung an die USA. Anders die Linken unter Führung der Jungdemokraten: Für sie ist Amerika der Buhmann der Weltpolitik. Sie sind dabei, mit der Forderung nach Aufhebung des NATO-Doppelbeschlusses die Verhandlungsposition des Westens bei den Abrüstungsverhandlungen in Genf entscheidend zu schwächen.

- In der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik betont die FDP verbal Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, in Wirklichkeit sanktioniert sie aber eine Politik, die wichtige marktwirtschaftliche Prinzipien

— wie etwa die Förderung des Mittelstandes — nicht beachtet. Die Linken in der FDP kennzeichnet zudem eine Aussteigermentalität gegen die Industriegesellschaft. Sie sind gegen neue Technologien in der Energiesicherung.

Was der FDP fehlt, ist ein umfassendes Programm, das ihrer Politik wieder klare Konturen verleihen könnte. Dies versäumt zu haben, ist ein Fehler des FDP-Vorsitzenden Genscher. Daß er die Programmarbeit gering schätzte und sich in taktischen Kompromissen erschöpfte, rächt sich jetzt. Selbstgefällig verwies er oftmals auf die Zerrissenheit der SPD. Er übersah dabei, daß der Spaltpilz längst seine eigene Partei befallen hatte.

In Genschers Schwäche, für eindeutige Zielvorgaben um Zustimmung nicht zu kämpfen, liegt die Stärke der Linken in der FDP. Sie haben in Köln und Duisburg zum Sammeln geblasen. Damit stellt sich die Machtfrage in der FDP; denn die Linken in der FDP sind nicht irgendwer: Als die Jungdemokraten z. B. in Köln bei einem Kongreß „Noch eine Chance für die Liberalen!“ offen zum Widerstand gegen die von Genscher vertretene Politik aufriefen, fanden sie Unterstützung bei zehn FDP-Bundestagsabgeordneten. Das bedeutet: Jeder fünfte FDP-Bundestagsabgeordnete distanziert sich öffentlich von der Politik des Vorsitzenden. Schon vor einem Jahr konnte Genscher beim FDP-Parteitag in Köln nur mit einer Rücktrittsandrohung die Delegierten dazu bringen, dem NATO-Doppelbeschluß zuzustimmen.

## ■ TASCHENGELD

### Leistungsfeindliche Gleichmacherei

**Die Union steht zu dem Versprechen von Helmut Kohl vom 18. März 1982: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird eigene Vorschläge einbringen, um die sozialen Ungerechtigkeiten bei der Kürzung des Zusatztaschengeldes für Heimbewohner zu beseitigen (vgl. UiD 10/82). Inzwischen haben SPD und FDP ihre Vorstellungen von einer Neuregelung vorgelegt. Hierzu der stellvertretende Fraktionsvorsitzende MdB Adolf Müller (Remscheid):**

**D**er Plan von SPD und FDP, jedem Heimbewohner in Zukunft mindestens 120 und höchstens 147 DM zu zahlen, ist leistungsfeindliche Gleichmacherei. Auch die vorgesehene Dynamisierung und Besitzstandsregelung ändert daran im Kern nichts. Es ist lediglich der fadenscheinige Versuch, von einer grundlegend falschen Weichenstellung in Richtung Sockelrente und Einheitsrente abzulenken.

Die geplante Regelung würde die Lebensleistung eines Rentners, der jahrzehntelang gearbeitet und immer Rentenbeiträge gezahlt hat, auf ganze 27 DM reduzieren. Jedem Strolch wird von unserem Recht eine Pfändungsfreigrenze von 559 DM monatlich zugestanden. Rentner, die unter Not und Entbehrung diesen Staat aufgebaut haben und die nach Inkrafttreten der beabsichtigten Neuregelung in Rente gehen, will man mit 27 DM abspesen.

Diese Regelung führt langfristig geradewegs zur Grundrente und damit zur Einheitsrente, zumal das Taschengeld wie die Renten und das Zusatztaschengeld nur wie die Sozialhilfe, also langsamer, stei-

gen soll. Bei der SPD sind derartige Pläne nichts Neues. Daß aber die FDP, die immer öfter von Leistungsbezogenheit und Beitragsgerechtigkeit spricht, da mitspielt, beweist einmal mehr, daß bei der FDP Worte und Taten weit auseinanderfallen. Die Union wird diese Weichenstellung in die falsche Richtung energisch bekämpfen.

Die Union will Leistungsgerechtigkeit statt Gleichmacherei: Wer in seinem Leben hart gearbeitet und entsprechend Rentenbeiträge gezahlt hat, muß auch als Heimbewohner diese Lebensleistung honoriert bekommen. Unsere Sozialversicherung ist eine Solidareinrichtung der Versicherten und keine Almoseneinrichtung des Staates. Sozialversicherung hat etwas mit Leistung und Gegenleistung, also mit Gerechtigkeit zu tun.

Statt den Weg der Gleichmacherei und Nivellierung zu gehen, könnte die Lebensleistung auch bei Heimbewohnern z. B. dadurch besser anerkannt werden, daß jeder Heimbewohner einen gewissen Prozentsatz seiner Rente behält, den er direkt von der Rentenversicherung angewiesen bekommt. Die von der Koalition vorgesehenen 5% bis 27 DM sind ein lächerlich geringer Betrag. Der Prozentsatz, den jeder Rentner behält, muß wesentlich höher sein.

Diese Regelung, die unabhängig vom Grundtaschengeld gelten könnte, hätte folgende Vorteile:

Die eigene Lebensleistung in Form eigener Beitragszahlung zur Rentenversicherung würde auch bei Heimbewohnern angemessen anerkannt.

Ältere Menschen in Heimen würden nicht zu Taschengeld- und Almosenempfängern degradiert.

Mit jeder Rentenerhöhung bekäme auch der Rentner im Heim eine höhere Rente. Jetzt werden die Rentenerhöhungen von der Sozialhilfe weggeschnappt.

## ■ TORNADO

# Apel hat die Bundeswehr in ihre schwerste Krise geführt

**Verteidigungsminister Hans Apel hat durch Unterdrückung ihm nachweislich zugegangener Informationen und durch seine Entscheidungsunfähigkeit die TORNADO-Finanzmisere sowie die gravierenden Folgeschäden für die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr und die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland verschuldet. Die von Apel beseitigte Planungskontinuität im Bundesministerium der Verteidigung war Ursache dafür, daß sich die Unterdeckung beim TORNADO in derart exorbitanten Dimensionen entwickeln konnte, stellten die Unionsabgeordneten Ortwin Lowack und Willy Wimmer (Neuss) im Bundestag fest.**

**M**it Zustimmung Apels wurde im Juli 1979 ein Produktionsprogramm mit der Industrie zur TORNADO-Produktion mit einem Volumen von 3,05 Mrd. DM beschlossen. Gleichzeitig stellte aber der Abteilungsleiter Haushalt, Padberg, im Einvernehmen mit Apel und unter Verstoß gegen § 34 der Bundeshaushaltsordnung lediglich 1,2 Mrd. DM in den Haushalt 1980 ein. Außerdem wurden weitere 1,5 Mrd. DM aus den errechneten und geprüften Produktionskosten herausgestrichen.

Dabei war bereits im Haushaltsjahr 1979 eine Unterdeckung bei MRCA/TORNADO in Höhe von 280 Mio. DM aufgetreten, von der 31 Mio. DM schon als Verlustvortrag in das Haushaltsjahr 1980 übernommen werden mußten.

In der Vorlage des Generalinspektors

vom 1. Juni 1979 wurde Apel eingehend über die Finanzmisere beim TORNADO sowie über die Höhe der Unterdeckung unterrichtet.

Der TORNADO-Jahresbericht 1978, den Apel am 6. Juni 1979 dem Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages zuleitete, wies ebenso exakt auf diese Unterdeckung hin.

Bereits am 2. Oktober 1979 hatte der Systembeauftragte MRCA/TORNADO im Bundesministerium der Verteidigung mitgeteilt, daß ab November kein Geld mehr vorhanden sein würde, um die Rechnungen für die TORNADO-Produktion zu zahlen und daß der zu niedrige Haushaltsansatz in 1980 dazu führen würde, daß ab dem 4. Quartal 1980 die von der Industrie vorgelegten Rechnungen ebenfalls nicht mehr bezahlt werden könnten.

Zwischen dem 8. August 1979 und dem 3. Juni 1980 hat der Systembeauftragte MRCA/TORNADO insgesamt zehn Vorlagen, unter anderen an Apel, gefertigt, in denen jeweils die Unterdeckung beim MRCA/TORNADO in Höhe von mehreren hundert Millionen DM angegeben und die Fälligkeit und Rechtsverbindlichkeit dieser Forderungen mit exakten Daten und Fakten schlüssig belegt wurden. Auf Weisung Apels geschah nichts, dieser drohenden Unterdeckung durch entsprechende Maßnahmen zu begegnen.

In einer Vorlage der Abteilung Haushalt an Apel vom 16. Januar 1980 wurde eine Erhöhung des Verteidigungshaushalts, insbesondere im Hinblick auf die Unterdek-

kung beim MRCA/TORNADO, um 350 Mio. DM für dringend erforderlich erklärt. Am 7./8. Februar 1980 erhielt Apel den MRCA-Jahresberichtsentswurf 1979, aus dem sich ebenfalls eine Unterdeckung beim MRCA/TORNADO in Höhe von 350 Mio. DM ergab.

Mitte Februar 1980 erhielt Apel eine Vorlage des Inspektors der Luftwaffe vom 11. Februar 1980, die nach den schlüssigen Berechnungen der NAMMA wie auch des Systembeauftragten MRCA/TORNADO eine Unterdeckung beim TORNADO in Höhe von 330 Mio. DM ergab.

Obwohl der Abteilungsleiter Haushalt selbst noch am 31. März 1980 bei den Nachtragshaushaltsverhandlungen einen Mehrbedarf für militärische Beschaffungen — MRCA/TORNADO — in Höhe von 350 Mio. DM beantragt hatte, reduzierte er am 11. April 1980 seine Nachtragshaushaltsforderungen auf Weisung des Ministers auf lediglich 250 Mio. DM für Munitionsbevorratung. Für TORNADO wurde trotz der bekannten Unterdeckung zwischen 350 und 400 Mio. DM nichts mehr beantragt.

In der Abteilungsleiterkonferenz vom 20. Mai 1980 wurde Apel erneut, diesmal durch einen umfassenden Vortrag des Systembeauftragten MRCA/TORNADO, an Hand exakter Berechnungen und schlüssiger Beweisführung über die Preis- und Kostenentwicklung TORNADO unterrichtet. Bei dieser Gelegenheit sprach der Inspekteur der Luftwaffe ausdrücklich auch die akute Unterdeckung TORNADO an und verlangte dringend nach Abhilfe, da weitreichende Kürzungen in allen Rüstungsbereichen unumgänglich seien.

Trotzdem erklärte Apel in einer Presseerklärung am 29. Mai 1980 wahrheitswidrig:

*„... Die Finanzierung der neuen Waffengeneration im Haushalt und in der Finanzplanung ist voll abgesichert... Mit dem Haushalt 1980 und dem gel-*

*tenden Finanzplan hat die Bundeswehr die Mittel erhalten, die sie benötigt, um ihren Auftrag auch in den vor uns liegenden Jahren voll zu erfüllen.“*

Am 15. September 1980 unterrichtete Staatssekretär Schnell den Minister über das am 31. Juli 1980 im Bundesministerium der Verteidigung eingegangene revidierte „operational budget“ der NAMMA, das folgende Fehlbeträge für MRCA/TORNADO aufwies: 1980 = 600 Mio. DM, 1981 = 400 Mio. DM. Weiterhin erfuhr Apel bei dieser Gelegenheit, daß die NAMMA bereits außerstande sei, im Haushaltsjahr 1980 anfallende Rechnungen in Höhe von rund 200 Mio. DM zu bezahlen.

Außerdem erhielt der Minister ca. zwei Wochen vor der Bundestagswahl am 5. Oktober 1980 die in seinem Auftrag erstellte sogenannte Langzeitstudie des Planungsstabes. Auch in dieser Vorlage wird die durch Apel verursachte desolante Finanzsituation der Bundeswehr mit belegbaren Fakten schonungslos offengelegt.

Die Schuld an der TORNADO-Finanzmisere (Minderbetrag: 1 Mrd. DM) trägt demnach Apel, weil die auf Grund der vertraglichen Vereinbarungen voraussehbaren Kosten für das MRCA/TORNADO nicht im erforderlichen Umfang in den jeweiligen Jahreshaushalten eingeplant wurden.

Minister Apel kannte seit langem und in vollem Umfang die TORNADO-Finanzmisere. Er wußte, daß er mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die Haushaltsproblematik TORNADO nicht würde lösen können. Deshalb versuchte er, mit einer neuen wahrheitswidrigen Behauptung die TORNADO-Finanzmisere zu verschleiern. Diesmal warf er der Industrie Überproduktion vor. Dabei hatte die Industrie völlig korrekt und vertragsgemäß produziert und geliefert und verlangte mit Recht die Begleichung ihrer rechtsverbindlichen Forderungen für diese Lieferungen.

## ■ WEHRBEAUFTRAGTER

# Jahresbericht deckt erhebliche Fehler und Schwächen der Führung auf

Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages hat in seinem Jahresbericht 1981 eine Frage aufgegriffen, die bereits im Bericht 1980 behandelt worden ist: das Verhältnis der Soldaten zu ihrer gesellschaftlichen Umwelt. Er kommt dabei zu der deprimierenden Feststellung, daß sich „nicht wenige Soldaten“ in der „Position gesellschaftlicher Außenseiter“ sehen.

Es ist dringend geboten, daß sich alle Verantwortlichen — die Streitkräfte selbst, die politischen Parteien, die Familien, die Schulen und auch die Kirchen — dieser Entwicklung entgegenstellen; denn ins Abseits geratene und demotivierte Soldaten werden ihrer friedenssichernden Aufgabe schwer gerecht werden können, stellt MdB Willi Weiskirch dazu fest.

Im einzelnen sind zum Jahresbericht des Wehrbeauftragten folgende Anmerkungen zu machen:

① Die oft angemahnte und kritisierte Dienstplangestaltung in den Streitkräften ist vom Bundesminister der Verteidigung nach der Darstellung des Wehrbeauftragten immer noch nicht verbessert worden. Wenn Soldaten im Grundwehrdienst nach wie vor einen Mangel an Auslastung bei vollständigem Dienstplan beklagen und sich zum „Gammeln“ verurteilt fühlen, dann ist im Interesse der Soldaten und der Bundeswehr dringend Abhilfe geboten.

② Daß es Mißhandlungen und entwürdigende Behandlung von Untergebenen

gibt, ist höchst beklagenswert, stellt aber kein für die Bundeswehr typisches oder spezifisches Verhalten dar. Dem Wehrbeauftragten ist ausdrücklich beizupflichten, wenn er die „Unsicherheit“ rügt, mit der auf der jeweiligen Verantwortungsebene die tatsächliche und rechtliche Bewertung solcher Vorgänge vorgenommen wird. Hier zeigen sich die Auswirkungen einer mangelhaften Ausbildung.

③ Der Bundesminister der Verteidigung hat, wie der Wehrbeauftragte feststellt, bei den von den Umgliederungsmaßnahmen für die Heeresstruktur 4 durch Standortwechsel und Umzüge betroffenen Soldaten Hoffnungen und Erwartungen geweckt, die sich nicht erfüllt haben. Durch dieses Fehlverhalten, das erhebliche Konsequenzen für eine große Anzahl von Soldaten und ihre Familien nach sich gezogen hat, ist das Vertrauen in die Führung der Streitkräfte erschüttert worden.

④ Die Tatsache, daß grundwehrdienstleistenden Soldaten die Sparförderung von 50 DM gestrichen und die staatlichen Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gekürzt worden sind, hat nach den Worten des Wehrbeauftragten bei den Soldaten „Unverständnis, Unmut, teilweise sogar Empörung“ ausgelöst.

Zusammenfassend ist zu sagen: Der Jahresbericht 1981 des Wehrbeauftragten spiegelt die Lage in den Streitkräften vor dem Hintergrund einer schwieriger gewordenen psychologischen und materiellen Situation wider. Er deckt erhebliche Fehler und Schwächen der Führung auf.

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 24 49  
5300 BONN 1  
POSTVERTRIEBSSTÜCK  
Z 8398 C  
GEBÜHR BEZAHLT

## ZITAT

### Bruch in Hessen?

Die FDP-Spitze betont an einem Wochenende ihre Nähe zur CDU, am nächsten ihre Bereitschaft zur Fortsetzung der Koalition mit der SPD. An diesem Wochenende hat Innenminister Gries beides geschafft. Nachdem er noch vor kurzem den hessischen CDU-Spitzenkandidaten Dregger verunglimpfte, schlug er nun auf Börner ein, dessen Zukunftsprogramme er für nicht tragbar hält. Dennoch will er mit der SPD weitermachen. Sein Kollege Hoffie, schon lange viel ungenierter auf CDU-Kurs, drückt es eindeutiger aus: Seinen Vorstellungen steht die Union näher als die SPD.

Genscher hält es nicht anders, auch er verabreicht seinem Koalitionspartner abwechselnd heiße und kalte Schauer. Offen bleibt nur: Wie lange kann die Bundesrepublik so weiterfahren, geführt von einer Regierung, die von beiden Koalitionspartnern in Frage gestellt wird? Zu den Äußerungen der FDP-Politiker gesellen sich die des SPD-Vorsitzenden Brandt, der von ei-

ner Krise und traurigen Bildern spricht, die man in letzter Zeit gegeben habe.

Der Wahlausgang in Niedersachsen hat offenbar die Entwicklung zur eigentlichen „Krise“, durch die sich endgültig entscheidet, wie es weitergeht, rapide beschleunigt. Die FDP will offenbar nicht mehr länger warten, sich abzusetzen, auch wenn sie es in Verrenkungen tut, während die SPD sich auf ihr ideologisches Profil besinnt, indem sie beispielsweise in Hessen wieder sozialistische Positionen einnimmt, die sie von der FDP trennen.

Die Unehrllichkeit der Taktik, die sich widersprechenden Erklärungen könnten am Ende den Trend zu einer absoluten Mehrheit der CDU verstärken, wie man am Ergebnis in Niedersachsen und Schleswig-Holstein schon warnend ablesen kann.

Spekulieren kann man nur noch darüber, ob die Koalition Börner—Gries bis zum September hält, ob es bis dorthin womöglich eine Übergangsregierung gibt und wie lange sich unter diesen Umständen die Koalition in Bonn halten kann. Nur dies scheint sicher zu sein: In Hessen wird die Entscheidung über den endgültigen Bruch spätestens nach den Wahlen fallen, wahrscheinlich vorher. Dann aber kann es in Bonn nur noch eine Frage der Zeit sein.

**Neue Presse, 29. März 1982**

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn. Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 40,— DM. **Einzelpreis** 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

**UiD**